

Wenn der Lohn **nicht** zum Leben reicht

1,3 Millionen Menschen in Deutschland müssen ihr Erwerbseinkommen durch staatliche Leistungen aufstocken, um ihren Lebensunterhalt zu sichern

Paul Schneider arbeitet in einem Friseurgeschäft und verdient dort den tariflich vereinbarten Stundenlohn von 3,38 Euro. Bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 37 Stunden kommt er auf ein monatliches Bruttoentgelt von 544 Euro. Um überhaupt über die Runden zu kommen, muss er Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II), also Hartz IV, beantragen. Er ist ein so genannter Aufstocker – und kein Einzelfall.

Wie viele der rund 80.000 Neuköllner/-innen, die Leistungen nach dem SGB II erhalten, Aufstocker sind, lässt sich nicht ermitteln, weil das Jobcenter keine getrennte Statistik darüber führt. Ihr Anteil dürfte aber erheblich sein. Bundesweit hat die Zahl der Aufstocker/-innen in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) sind es mittlerweile 1,3 Millionen. Das entspricht einem Anstieg um 50 Prozent seit 2005.

Auf Anfrage der Bundestagsabgeordneten Gesine Löttsch (DIE LINKE) hat das Bundesarbeitsministerium Zahlen vorgelegt, die diesen Trend bestätigen. Demnach ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die neben dem Erwerbseinkommen Hartz IV beziehen, von Januar bis Mai 2007 um 37.000 gestiegen. Den stärksten Anstieg gab es in der niedrigsten Einkommensgruppe unter 400 Euro. Allein im Mai 2007 beliefen sich die Kosten für Aufstocker/-innen auf 1,09 Milliarden Euro.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind vielfältig. In den letzten Jahren haben sich immer mehr Arbeitsmarktbereiche herausgebildet, in denen es keine Tarifbindung mehr gibt. Wo es noch Tarife gibt, werden diese von den Unternehmen oft unterlaufen. Auch haben es die Gewerkschaften zuletzt nur selten vermocht, armutsfeste Löhne auszuhandeln. Der entscheidende Grund dürfte aber die Zunahme von Mini- und Midi-Jobs, von Leiharbeit und befristeter Beschäftigung infolge der Hartz-Gesetze sein.

Hinzu kommt: Die grausamen Zahlen, die sich hinter den Erfolgsmeldungen der Bundesagentur für Arbeit verbergen, sind nur die Spitze des Eisbergs. Nicht wenige, denen staatliche Leistungen zustehen, verzichten darauf – entweder weil sie ihre Rechte nicht kennen, oder weil sie nicht „von der Stütze“ leben wollen.

Abhilfe schaffen könnte ein gesetzlicher Mindestlohn. Er würde für anständige Tarifabschlüsse sorgen und auch in Branchen, in denen es keine Tarifbindung gibt, armutsfeste Löhne garantieren. Ein Mindestlohn käme aber auch den Unternehmen zugute, weil ein gegenseitiges Unterbieten durch Lohndumping nicht länger möglich wäre.

Einen ersten Schritt in diese Richtung ist jetzt das Land Berlin gegangen. Weil ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn nur vom Bundestag beschlossen werden kann, hat der rot-rote Senat eine neue Vergaberichtlinie erlassen: Unternehmen, die ihren Beschäftigten nicht mindestens 7,50 Euro in der Stunde zahlen, bekommen künftig keine öffentlichen Aufträge mehr.

*Christian Posselt
Bezirksvorstand DIE LINKE Neukölln*



Zwei Adressen in der Sonnenallee: Job-Center und PIN AG, deren Eigentümer den Mindestlohn für Briefzusteller verhindern wollten. Wenn der Lohn zum Leben nicht reicht, bleibt für viele nur der Ausweg, Hartz IV zu beantragen.

Foto: KDH

Acht Euro plus – gesetzlich garantiert Das Mindestlohn-Konzept der LINKEN

DIE LINKE setzt sich für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens acht Euro in der Stunde ein. Diese Zahl ist nicht willkürlich gewählt. Ein Mindestlohn von über acht Euro ermöglicht bei Vollzeitarbeit (38,5 Stunden in der Woche) einen Nettolohn, der mindestens der Pfändungsfreigrenze von 985 Euro im Monat entspricht. Die vom Gesetzgeber festgelegte Pfändungsfreigrenze besagt, dass eine allein stehende Person, die weniger als 985 Euro im Monat verdient, trotz Schulden nicht gepfändet werden darf. Denn weniger als 985 Euro reichen nicht zum Leben.

Als Einstieg denkbar wäre beispielsweise ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,44 Euro, wie es ihn in Frankreich gibt. Nach dem Einstieg würde der Mindestlohn schrittweise soweit angehoben, dass er bei Vollzeitarbeit ein Einkommen oberhalb der Armutsgrenze (50 Prozent des durchschnittlichen Bruttolohns) ermöglicht. Bei einer Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden würde bei einem Stundenlohn von neun Euro ein monatliches Bruttoentgelt von rund 1.500 Euro erreicht. Damit läge das Einkommen über der Armutsschwelle von 1.470 Euro im Monat bzw. 8,80 Euro in der Stunde.

Neukölln bald ärztefrei?

Die mangelnde ärztliche Versorgung in Neukölln beschäftigte die BVV am 23. Januar in mehreren Anfragen.

Zwei Entwicklungen laufen in Neukölln konträr. Zum einen verschlimmert sich die soziale Lage vieler Neuköllner, was ein erhöhtes gesundheitliches Risiko mit sich bringt und zum anderen verlassen Neuköllner Ärzte gerade aus diesem Grund den Bezirk, weil die Anzahl der Privatpatienten, die das Überleben einer Praxis sichert, stetig sinkt.

Die Statistik Berlin sagt aus, die ärztliche Versorgung der Stadt ist gesichert. Die Anzahl der privat niedergelassenen Ärzte steigt stetig. So wird es zwar eng mit dem Budget der Krankenkassen, das sich immer mehr Ärzte teilen müssen, aber mit Privatpatienten kann man sich über Wasser halten bzw. geht es manchen Ärzten finanziell richtig gut.

Kassenpatienten haben da den „schwarzen Peter“ zugeschoben bekommen. Sie können nur im Rahmen der Zuweisungen der Krankenkassen behandelt werden. Da das Budget der Kassen pro Arzt sinkt, hören Patienten oft: „Kommen Sie nächstes Quartal wieder“, oder „Wir haben keinen Termin“. Privatpatienten dürfen immer!

So ist es nicht verwunderlich, dass viele Ärzte unseren Bezirk verlassen haben. An ihr soziales Gewissen erinnern, hilft nicht viel, denn auch sie müssen überleben.

Das gesamte Gesundheitssystem sollte dringend auf den Prüfstand! Der geplante „Gesundheitsfonds“, in den alle Beiträge einfließen und dann gleichmäßig auf alle Kassen verteilt werden sollen, beseitigt diese Probleme nicht, son-



Aus dem
Neuköllner Rathaus

dern sie fördert die Belastung des Einzelnen und erhöht die Ungerechtigkeiten.

Kassenpatienten zahlen höhere Beiträge (auch Erwerbslose über ALG II) und müssen sich aber, wie jetzt auch, hinten anstellen. Das kann's doch nicht gewesen sein?

Das von der Bundesregierung beschworene Solidarprinzip wird hier auf's Größte verletzt und in den A... gekniffen sind mal wieder die Schwächsten der Gesellschaft.

Auch durch einen weiteren Ausbau der landeseigenen medizinischen Einrichtungen ist dieser, von der Bundesregierung beförderte Trend, nicht aufzuhalten. So steigen z.B. die Wartezeiten in der Notaufnahme des Vivantes-Klinikums Neukölln, die viele Patienten aufsuchen, weil im Bezirk zu wenig Ärzte sind, trotz des Ausbaus der Kapazitäten, in Einzelfällen auf bis zu 11 Stunden.

Ein komplettes Umdenken ist erforderlich! Solange das nicht geschehen ist, können wir nur an das soziale Gewissen der Ärzte appellieren, an den Eid, den Sie geschworen haben, aber mehr nicht!

Es sei denn, die Menschen erinnern sich beim nächsten Gang an die Wahlurne daran und checken vorher durch, welche Pläne welche Partei hat. Aber nicht nur in den Hochglanzbrochüren, sondern auch im Kleingedruckten.

Sylvia Stelz, Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der BVV Neukölln

Vignette: Franz Zauleck

rls
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Alles über's
Web.

5. Akademie für linke
Medienmacher/innen
Berlin 6.–9. März 2008
www.linke-medienakademie.de

Schwarze Sheriffs alternativlos?

Vollauf zufrieden sei er mit dem Einsatz privater Sicherheitsdienste vor Neuköllner Schulen, gab Stadtrat Uwe Schimmang (SPD) auf Nachfrage der LINKEN in der BVV zu verstehen. Negative Vorkommnisse seien seit Beginn des Pilotprojekts, das im Dezember startete und Ende des Schuljahrs ausgewertet werden soll, nicht zu verzeichnen gewesen. Keine Antwort hatte er auf die Frage nach möglichen Alternativen zu den Schwarzen Sheriffs. Schon vor Beginn des Pilotprojekts habe man deren Einsatz für alternativlos gehalten. Schimmang wird nun unter Umständen noch einmal kreativ werden müssen. DIE LINKE hat das Bezirksamt aufgefordert, rechtzeitig vor Ende des Schuljahrs ein Konzept zu entwickeln, das auf den Einsatz privater Sicherheitsdienste verzichtet.

Gedenken an Zwangsarbeiter

Als Ersatz für die zerstörte Lichtinstallation in der Sonnenallee Ecke Thiemannstraße soll jetzt auf Antrag der LINKEN in der BVV ein neues Mahnmal entstehen, um der NS-Zwangsarbeiter zu gedenken. Von 1942 bis 1944 befand sich dort ein Zwangsarbeiterlager der Nazis.

Kinder vor dem Schlimmsten bewahren

Kinder leiden oft am meisten, wenn ihre Eltern auf Hartz IV angewiesen sind. Wenn es dann noch zu Leistungskürzungen kommt, wird die Situation oft kritisch. Um wenigstens das Schlimmste, eine Mangelversorgung der Kinder, zu verhindern, hat DIE LINKE in der BVV durchgesetzt, dass das Jobcenter Neukölln im Fall von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern erst mit dem sozialpädagogischen Dienst des Jugendamtes Kontakt aufnehmen muss, bevor Leistungen gekürzt werden.

DIE LINKE wirkt – wirken Sie mit!

Nach den Erfolgen der LINKEN bei den jüngsten Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen sind die Zeitungen voller Meldungen über DIE LINKE, auf allen Fernsehkanälen wird darüber berichtet. Oftmals nicht zutreffend. Wenn Sie sich selber Ihre Meinung über DIE LINKE bilden wollen, dann informieren Sie sich direkt bei der LINKEN. Besuchen Sie die Versammlungen der LINKEN, Termine finden Sie auf der letzten Seite dieser Zeitung, oder schicken Sie diesen Coupon an: DIE LINKE Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin

- Ich möchte Informationsmaterial über DIE LINKE bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:



Foto: KDH

Buchpräsentation mit lebhafter Debatte in der Neuköllner Galerie Olga Benario. Elaheh Rostami-Povey, die bereits für die UNO über die Lage der Frauen in Afghanistan berichtet hatte, stellte sich den vielen Fragen zu den Lebenslagen afghanischer Frauen.

Die Stimmen afghanischer Frauen

Über die Frauen in Afghanistan wird viel gesprochen, sie selbst kommen selten zu Wort.

Elaheh Rostami-Povey hat ihnen zugehört, in Afghanistan, in Flüchtlingslagern und im Exil. „Ich war überrascht, dass viele über die Herrschaft der Taliban erleichtert gewesen waren, nach dem Morden und den Vergewaltigungen im Bürgerkrieg.“ Doch nun durften die Frauen ihre Häuser kaum mehr verlassen, Schule war für Mädchen tabu. Aber: „Die afghani-

schen Frauen waren keine passiven Opfer – und die meisten afghanischen Männer keine Machos“, erklärte Dr. Rostami-Povey auf der gemeinsamen Veranstaltung des Arbeitsgruppe Frieden der Neuköllner Linken und der Galerie Olga Benario Ende Januar. Die Frauen bildeten Netzwerke und unterrichteten mehrere hundert Mädchen zu Hause, unter dem Denkmantel von Heimarbeit, mit Unterstützung ihrer Männer. „Wenn die Taliban davon erfuhren, folterten oder töteten sie die Männer. Wie viele westliche Männer würden das für ihre Frauen tun?“

Afghanische Frauen kennen ausländische Interventionen seit 1979. Wie damals wirft der Krieg heute die Frauen um Jahrzehnte zurück, bringt Armut, Analphabetismus, Prostitution. Die Frauen lehnen die Besatzung ihres Landes ab. „Und sie fragen: Warum haben wir in sechs Jahren, seit die NATO im Land ist, von dem angeblichen Wiederaufbau nichts gesehen?“

Das englischsprachige Buch von Rostami-Povey kann in der Galerie Olga Benario, Richardstr. 104 ausgeliehen werden.

Berliner Ostermarsch 2008

Ostermontag, 24. März 2008. Auftaktkundgebung 12.00 Uhr Adenauerplatz, Demonstration über den Kurfürstendamm zur Abschlusskundgebung auf dem Breitscheidplatz, ca. 13.30 Uhr.

***Rückzug der Truppen aus Afghanistan!
Atomare Abrüstung weltweit – bei uns beginnen!
Demokratie verteidigen – gegen den Überwachungsstaat!***

Afghanistan braucht humanitäre Hilfe und keine Soldaten

Die Forderung von US-Verteidigungsminister Robert Gates, Deutschland solle Kampftruppen in den Süden Afghanistans schicken, trifft auf breiten Protest. Für den Parteivorstand der LINKEN erklärt Christine Buchholz Anfang Februar:

Die Entsendung deutscher Truppen in den Süden Afghanistans wäre ein verheerender Schritt. Der Krieg ist nicht zu gewinnen. Vielmehr hat er dazu geführt, dass sich die humanitäre Situation in dem Land

immer weiter verschlechtert und das Misstrauen der Bevölkerung gegen den Westen steigt.

Die Bundesregierung hat schon mit ihrer Zustimmung, Kampftruppen in den Norden Afghanistans zu schicken, deutlich gemacht, dass sie weiterhin die militärische Komponente des Afghanistaneinsatzes stärkt und nicht – wie zuletzt in der Afghanistanstrategie vom September 2007 behauptet – die humanitäre.

Die LINKE weist jegliche Forderungen nach Aufstockung der Truppen zurück und setzt sich an der Seite der Friedensbewegung weiterhin für einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ein.



Foto: Artis

Christine Buchholz gehört dem geschäftsführenden Parteivorstand der LINKEN an. Sie lebt in Neukölln.

Termine DIE LINKE Neukölln

Bezirksvorstand

jeden 2. Donnerstag, 19 Uhr
21. Februar, 6. März
Richardplatz 16

BO Demokratische Linke

11. Februar, 19 Uhr
Richardplatz 16

BO Nord-Neukölln

12. Februar, 19 Uhr
Richardplatz 16

BO Hermannstraße

12. Februar, 19 Uhr,
„Kultur in Neukölln“
27. Februar, 19 Uhr
„Migration und Integration in Neukölln“
Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29

BO Rixdorf

22. Februar, 19 Uhr
„PIN AG und Mindestlohn“
Richardplatz 16

Galerie Olga Benario

Richardstraße 104

Ausstellung Olga Benario.

Annäherung an eine Revolutionärin
anlässlich ihres 100. Geburtstages
vom 17. Januar bis 6. März

12. Februar, 17 Uhr

Kundgebung mit Anita Benario-Prestes

Innstraße 24,
anschließend Diskussion in der Galerie

21. Februar, 19.30 Uhr

Vier Tage im September. Spielfilm über die
Militärdiktatur in Brasilien 1969 von Bruno
Barreto, Brasilien 1997, 110 Min.

28. Februar, 19.30 Uhr

Die Macht der Kaffeebohne.

Dokumentarfilm von Alexandre Valenti,
Brasilien 1997, 55 Min.

6. März, 19.30 Uhr

Die Arbeiterinnen dieser Welt.

Dokumentarfilm von Marie-France Collard,
Belgien 2000, 84 Min.

**Bürgerinitiative Nachnutzung Tempelhofer
Flughafen (NANU THF)**

26. Februar, 19 Uhr

Café Prinz, Fontanestraße

FLUGHAFEN SPAZIERGANG

2. März, 14 Uhr

Treffpunkt: Leinestraße Ecke Oderstraße

Impressum

neu-köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE, Landesverband Berlin
Auflage dieser Ausgabe: 1.500 Exemplare

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19

Redaktionsschluss: 7. Februar 2008

Beiträge für die nächste Ausgabe bitte bis zum
19. Februar 2008

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht
der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

neu-köllnisch · Februar 2008

Mit den Gewerkschaften kämpfen statt moderieren



Foto: KDH

Debatte über den öffentlichen Dienst in Berlin. Von links: Irmgard Wurdack, Ruben Lehnert (DIE LINKE Neukölln), Roland Tremper (ver.di Berlin) und Michael Schlecht (Partei Vorstand DIE LINKE).

Der öffentliche Dienst sei in einer schlechten Lage, „er muss endlich Anschluss erhalten an andere Branchen, in denen es deutliche Lohnerhöhungen gegeben hat“. Auch für die Beschäftigten des Landes Berlin müsse es mehr Lohn geben. Michael Schlecht, gewerkschaftspolitischer Sprecher der LINKEN, machte Anfang Februar im Rathaus Neukölln die Position des Parteivorstandes zum Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst in Berlin deutlich. Eingeladen hatte DIE LINKE Neukölln, um über die Situation der Landesbeschäftigten zu informieren und zu diskutieren.

Michael Schlecht informierte darüber hinaus über wirtschaftspolitische Hintergründe: „Die Gewinn- und Vermögenseinkommen sind seit dem Jahr 2000 um 50 Prozent gestiegen“, während Löhne und Gehälter stagnieren. Die Regierungspolitik habe diese Entwicklung beschleunigt. Das Problem sei „die zu geringe Binnen nachfrage“. Diese müsse „durch höhere Löhne angekurbelt“ werden. Durch eine gerechtere Finanz- und Steuerpolitik müsse zudem wieder das Geld hereingeholt werden, das zur Finanzierung von Arbeit, sozialen Leistungen und des öffentlichen Dienstes notwendig sei.

ver.di-Berlin-Geschäftsführer Roland Tremper beklagte, dass die Landesbeschäftigten seit mehreren Jahren bei reduzierter Arbeitszeit auf 8 bis 12 Prozent Lohn verzichten. Während in anderen Bundesländern mehr gezahlt werde, würden die Beschäftigten in Berlin immer mehr ins

Hintertreffen geraten. Der Berliner Senat „verweigert sich Verhandlungen“ und spreche den Landesbeschäftigten „das Streikrecht ab“, obwohl beides laut Anwendungstarifvertrag durchaus möglich sei. DIE LINKE könne auch nicht so tun, als sei sie nur Moderator zwischen den Gewerkschaften und dem Senat, sagte Roland Tremper. Da DIE LINKE an der Regierung beteiligt ist, sei sie „Teil des Problems“.

Nicht nur im Tarifkonflikt sei DIE LINKE verantwortlich. Auch für den Personalmangel wird die Partei von den Kolleginnen und Kollegen mit verantwortlich gemacht, sagte eine Sozialarbeiterin des Bezirksamtes Neukölln.

Irmgard Wurdack aus dem Vorstand der LINKEN in Neukölln sagte, der Landesvorstand habe erklärt, er wolle Druck auf die SPD machen. „Doch bisher ist das wirkungslos geblieben. Außerdem ist es kontraproduktiv, wenn Abgeordnetenhausfraktion und Landesvorstand die Position beziehen, es müsse mit einem 'Solidarpakt II' auch über 2009 hinaus Lohnverzicht im öffentlichen Dienst geben.“ Der Druck auf die SPD könne nur erfolgreich sein, wenn „DIE LINKE ihre Mitglieder mobilisiert, diese an Aktionen teilnehmen und DIE LINKE, z. B. mit Infoständen und Veranstaltungen, für die Forderungen der Gewerkschaften wirbt.“ Das müsse kombiniert werden „mit der Forderung nach Umverteilung von oben nach unten durch eine andere Steuer- und Finanzpolitik im Bund.“

Frank Ebers

Öffentlicher Beschäftigungssektor im Schillerkiez

Im Schillerkiez haben Initiativen unter Mitwirkung der Kiez AG und des Quartierbeirats in den letzten Jahren alle Kernbereiche (Kinder, Jugend, Beruf, Alter, Integration, Aufwertung) in Angriff genommen.

Die Ergebnisse wurden in einer Broschüre zusammengefasst. Ein gutes Beispiel sind die im Schillerkiez gegründeten Stadtteilmütter, die mit dem Kieztreffpunkt „Warthe Mahl“ verzahnt sind. Jetzt hat die Diakonie Neukölln Oberspree dafür 50 Stellen im Rahmen des Öffentlichen Beschäftigungssektors eingerichtet. Eine längerfristige, sozial abgesicherte Arbeit dieser Frauen aus Migrationsfamilien ist also gewährleistet.

Auch für alle anderen Projekte sollte der Öffentliche Beschäftigungssektor greifen. Sozial ungerecht und praktisch nicht nachhaltig ist nämlich: Zu wenigen fest Angestellten wird über ABM und zunehmend MAE („Ein-Euro-Fünzig-Job“) ein Heer von befristet tätigen Menschen ohne reguläre Arbeitsverträge für nachgeordnete Tätigkeiten für soziale Arbeiten und Umweltschutz eingespannt.

„Projektvorstellung Schillerpromenade“

erhältlich: BSG-Vor-Ort-Büro,

Schillerpromenade 10, 12049 Berlin.

Internet: www.schillerpromenade-quartier.de

Thomas Hinrichsen, BO Hermannstraße

DIE LINKE Berlin-Neukölln